

Notizen

Seine Enttäuschung über die Nichterfüllung der Erwartungen an die Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki drückte der Pro-Nuntius in Kanada, Erzbischof *Angelo Palmas*, als Vertreter des Apostolischen Stuhles auf dem KSZE-Expertentreffen zum Thema „Menschenrechte“ aus. Erzbischof Palmas forderte die Teilnehmer zu einer „nicht polemischen, sondern objektiven Prüfung“ der Situation in den einzelnen Ländern auf. Und warnte auch im Blick auf die nächste KSZE-Nachfolgekonferenz (1986 in Wien) vor einer „rein theoretischen und spekulativen Ausrichtung der Beratungen“.

Auf einer Veranstaltung der CDU und der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ äußerte sich der Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* und Bischof von Limburg, *Franz Kamphaus*, zu Fragen der Entwicklungspolitik. Es würde einem heute immer mehr bewußt, meinte Kamphaus, daß fundamentale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme sich nicht einfach rein technisch bewältigen ließen. Fragen wie Welternährung und Weltwirtschaft, das Verhältnis Nord-Süd, Fragen der Friedenssicherung, der Umwelt und der Verteilung der Arbeit erreichten solche Dimensionen, daß sie eine neue Qualität im Verantwortungsbewußtsein verlangten und in der Orientierung politischen Handelns. Die Wende, die im Namen Jesu Christi zu vollziehen sei, sei die Wende „von der Fixierung auf Eigeninteressen zur Anerkennung der Interessen unserer Schwestern und Brüder“. Zum Weltwirtschaftsgipfel, der Anfang Mai in Bonn stattfand, meinte Kamphaus, dieser sei kein Weltwirtschaftsgipfel, weil drei Viertel der Menschheit auf dieser Konferenz nicht vertreten seien.

Zu „kritischer Selbstbesinnung“ der Österreicher über die „persönlichen und gemeinsamen Versäumnisse“ hat der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, in einem *Dankgottesdienst* aus Anlaß von „40 Jahre II. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag“ in Anwesenheit des österreichischen Staatspräsidenten und des Bundeskanzlers aufgerufen. „Versäumnissen, besonders solchen aus eigener Schuld, ins Auge zu blicken“ sei heilsam und mache bescheiden. „Das Erkennen des Versäumten und das Eingestehen der Schuld, auch der eigenen, ist eine wichtige Voraussetzung für eine positive Zukunft.“ Die Zeit zwischen 1938 und 1945 bezeichnete König als „einen dunklen Abschnitt in der Geschichte unseres Landes“. Auch in Österreich hätten nicht wenige den Nationalsozialismus „nicht rechtzeitig durchschaut, die persönliche Verantwortung abgeschoben, vor Verbrechen weggeschaut“. Es dürfe nicht wieder so sein, als ob damals nichts geschehen wäre.

Zum neuen Präses der Synode der EKD wurde am 21. Mai der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und frühere Bundesminister *Jürgen Schmude* (48) gewählt. Er tritt die Nachfolge von *Cornelius A. von Heyl* an, der nicht mehr kandidierte. Wenige Tage vor Beginn der Synodaltagung, bei der Schmude mit 67 von 120 Stimmen zum Präses gewählt wurde, war er mit seinen Äußerungen zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in die Schlagzeilen geraten. Der neue Präses kündigte für die Dauer seiner sechsjährigen Amtszeit einen „politischen Teiltrückzug“ an; er wird vermutlich im Herbst aus dem SPD-Fraktionsvorstand ausscheiden.

Oberkirchenrat *Theodor Glaser*, der ständige Vertreter des bayerischen Landesbischofs, gab bei der letzten Tagung der Landessynode zu bedenken, ob nicht die in der katholischen Kirche geübte *Krankensalbung* auch in der evangelischen Kirche wieder praktiziert werden sollte. Seit biblischer Zeit sei Öl nicht nur ein Heil- und Schmerzmittel, sondern auch Symbol der Zuwendung Gottes. Er frage sich, so Glaser, ob die Krankensalbung nicht auch in der evangelischen Kirche ihren Platz haben könnte „als ein sichtbares und spürbares Zeichen der Vergewisserung für die Nähe Gottes, die wir im Gebet erbitten“.

Zum neuen Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg ist am 7. Mai *Wilhelm Sievers* (54) gewählt worden, bisher Propst des Kirchenkreises Angeln in der nordelbischen Kirche. Voraussichtlich Anfang 1986 wird Sievers die Nachfolge von Bischof *Hans Heinrich Harms* antreten, der seit 1967 die Oldenburger Kirche mit ihren etwa 500 000 Gemeindegliedern leitete.

Vor dem Hintergrund der *Rassismus-Debatte* der letzten Monate in Frankreich (vgl. HK, April 1985, 193) hat die zuständige Kommission der Bischofskonferenz eine Erklärung zum Verhältnis von Franzosen und Einwanderern veröffentlicht (vgl. *La Croix*, 11. 5. 85). Man frage immer wieder danach, was aus Frankreich einmal werde angesichts der Verschiedenartigkeit der Lebensarten, der Kulturen, der religiösen Überzeugungen, schreiben die Bischöfe. Solche Fragen seien durchaus legitim. Es breiteten sich jedoch Vorurteile und Ängste aus. Weder als legitim noch als vernünftig könne man bezeichnen, wenn Ablehnung in offene Feindschaft ausarte. Die Bischöfe sprechen sich in ihrer Erklärung für eine Ausweitung der „nationalen Gemeinschaft“ aus. Man müsse unverzüglich zu Formen des Zusammenlebens kommen, die die Werte der Brüderlichkeit und der Gerechtigkeit an der Basis der französischen Gesellschaft übersetzten.

Die *katholische Bischofskonferenz von England und Wales* hat den 1982 vorgelegten *Abschlußbericht* der internationalen anglikanisch-römisch-katholischen Dialogkommission als weitreichenden ökumenischen Schritt bezeichnet. Die in dem Bericht enthaltenen Ausführungen über die Eucharistie, das Amtsverständnis und die Priesterweihe stimmten voll und ganz mit dem katholischen Glauben überein. Auch das in dem Dokument entfaltete Autoritätsverständnis stelle eine solide Basis für zukünftige wesentliche Übereinkünfte dar. Unklar sei allerdings, so die Stellungnahme der englischen Bischöfe, welche Rolle die Kommission dem Papsttum zumesse. Für die katholische Kirche sei die „Präsenz eines universalen Primats“ absolut notwendig. Die Bischöfe sprechen sich für eine Weiterführung des Dialogs durch Gebet, gesellschaftliches Handeln und Studium aus und begrüßen die Themenwahl für die neue anglikanisch-katholische Kommission.

Nach einer Mitteilung des Internationalen Katholischen Missionswerks hat die Militärregierung der zentralafrikanischen Republik *Burundi* ihren Kampf gegen die katholische Kirche weiter verschärft. Das Innenministerium habe die Gouverneure des Landes angewiesen, Verstöße der Kirche gegen die staatlichen Richtlinien streng zu ahnden. Religiöse und soziale Aktivitäten seien nur noch an Wochenenden gestattet. Alle Gottesdienste, Gebetstreffen oder Jugendversammlungen unter der Woche müßten eigens genehmigt werden. Für die Errichtung von Kreuzen oder religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit müßte eine staatliche Genehmigung eingeholt werden. Seit dem Staatsstreich von 1976 hat Burundi etwa 200 Missionare ausgewiesen, die kirchlichen Schulen verstaatlicht und die kirchliche Presse verboten.

Der Apostolische Nuntius in Brasilien, Erzbischof *Carlo Furno*, hat die zehn Bischöfe, die die brasilianische Bischofskommission für die Landpastoral bilden und die in einer gemeinsamen Stellungnahme die römischen Maßnahmen gegen *Leonardo Boff* kritisiert hatten, öffentlich gerügt und sie als „Rebellen“ bezeichnet. Fast zur gleichen Zeit wurde ein Rundbrief des Nuntius an die brasilianischen Bischöfe bekannt, in dem diese aufgefordert werden, die Themen anzugeben, die an den Seminaren bzw. kirchlichen Hochschulen gelehrt werden, um zu prüfen, ob darunter auch Themen der Befreiungstheologie seien, die aus der Materie theologischer Studiengänge ausgeschlossen werden müßten.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen zwei Prospekte des Johannes-Verlages, Einsiedeln, bei.